

Eine Anmerkung zur Selbstfinanzierungsthese und zum keynesianischen Modell

3

Hans-Werner Sinn

Immer wieder hört man bei der Diskussion um die schwarze Null und die Verletzungen des Fiskalpakts durch die Südländer und Frankreich die Behauptung, eine Volkswirtschaft könne durch eine schuldenfinanzierte Erhöhung der Staatsausgaben so viel »Wachstum« erzeugen, dass sich diese Staatsausgaben selbst finanzieren und die Schulden letztendlich gar nicht steigen. Man müsse nur anfangs etwas tolerant gegenüber der Kreditaufnahme sein, dann komme so viel wirtschaftliche Dynamik zustande, dass dem Staat mehr Steuern zufließen, als er braucht, um die anfänglichen Schulden zu bezahlen. Schulden könne man mit Schulden bekämpfen, lautet die Devise; Münchhausen könne sich tatsächlich am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen.

Aus der Sicht der angebotsorientierten, neoklassischen Theorie liegt diese Hoffnung nicht nahe, weil man durch Schulden in aller Regel kein Kapazitätswachstum erzeugen kann, sondern der Privatwirtschaft ganz im Gegenteil die Mittel entzieht, die sie selbst zum Wachstum braucht. Aber natürlich ist die Phantasie für entsprechende Modellkonstruktionen grenzenlos. So hat man Modelle mit mikroökonomisch nicht näher spezifizierten Hysteresis-Effekten oder Änderungen von Inflationserwartungen konstruiert, die eine Selbstfinanzierung scheinbar ermöglichen. Auch Präsident Reagan, Angebotspolitiker par excellence, hatte seinerzeit unter Bezug auf den Ökonomen Laffer eine Selbstfinanzierung von Budgetdefiziten behauptet, als er seine Steuer-senkungen legitimieren wollte. Gestimmt hatten seine Prognosen hinten und vorne nicht.

Heute setzen insbesondere viele Keynesianer, in Brüssel, in Paris und auch in Deutschland, ihre Hoffnung auf die Selbstfinanzierung. Deshalb möchte ich hier einmal der Frage nachgehen, ob es aus Sicht der keynesianischen Theorie vielleicht nicht doch zu einer Selbstfinanzierung kommen kann. Das tue ich ohne den Anspruch auf wissenschaftliche Originalität, denn schließlich wurde der Keynesianismus schon vor einem halben Jahrhundert von vielen klugen Geistern durchdacht. Und, um es noch einmal zu betonen, tue ich das im Übrigen, ohne damit behaupten zu wollen, dass sich keine anderen Modellformulierungen jenseits des klassischen keynesianischen Modells finden lassen, die die Konstruktion des Perpetuum Mobiles zumindest scheinbar ermöglichen sollten.

Im klassischen keynesianischen Modell wird eine schuldenfinanzierte Staatsausgabenerhöhung zwar das Sozialprodukt und damit die Steuereinnahmen des Staates steigern, wenn man angebotsseitige Beschränkungen der Wirtschaft außer Acht lässt, doch sind die zusätzlichen Steuereinnahmen stets kleiner als die Erhöhung der Staatsausgaben. Insofern wachsen die Schulden in jeder Periode um das trotz einer partiellen Selbstfinanzierung unvermeidliche Restdefizit an, während der Strom des Sozialprodukts nur einmal

eine Niveauerhöhung erfährt. Die Schuldenquote des Staates wächst somit bei dieser Politik über alle Grenzen.

Dies ist der Nachweis im Rahmen des klassischen keynesianischen Modells für jene, die es nachrechnen wollen: Gesetzt den Fall, wir erhöhen die Staatsausgaben permanent um ΔG , was das Sozialprodukt gemäß der keynesianischen Multiplikatorformel um ΔY vergrößert. Wenn t , $0 < t < 1$, der marginale Steuersatz bezüglich des Sozialprodukts (oder Volkseinkommens) ist, steigt der Strom des Steueraufkommens T gemäß der Formel

$$(1) \Delta T = t \Delta Y.$$

Mit dem keynesianischen Multiplikator für Staatsausgabenerhöhungen m wird diese Formel zu

$$(2) \Delta T = t m \Delta G.$$

Dabei gilt, wie sich leicht zeigen lässt,¹

$$(3) m = 1/(1 - (1 - t) c),$$

wobei c , $0 < c < 1$, die marginale Konsumquote der Haushalte bezüglich ihres verfügbaren Einkommens nach Steuern ist.

In dem so spezifizierten keynesianischen Modell kann es **nicht** zu einer Selbstfinanzierung der Staatsausgaben kommen. Vielmehr gilt $\Delta T < \Delta G$. Es verbleibt also ein festes Defizit der Größe $\Delta G - \Delta T > 0$ für jede Periode, während Y auf dem neuen, um ΔY höheren Niveau verbleibt. Da die Schulden pro Periode um das Defizit steigen, wächst die Schuldenquote im Zeitablauf grenzenlos an.

Beweis

Wegen (2) ist $\Delta T < \Delta G$ gleichbedeutend mit

$$(4) t m < 1.$$

Das ist wegen (3) genau dann der Fall, wenn

$$(5) t < 1 - (1 - t) c$$

bzw.

$$(6) t < 1 - c + c t$$

bzw.

¹ Es gilt $\Delta Y = \Delta G (1 + \theta c + \theta^2 c^2 + \theta^3 c^3 + \dots)$, wobei zur Verkürzung $\theta \equiv 1 - t$ definiert wird. Nach Multiplikation beider Seiten mit θc folgt $\theta c \Delta Y = \Delta G (\theta c + \theta^2 c^2 + \theta^3 c^3 + \dots)$. Zieht man nun die zweite Gleichung von der ersten ab, so ergibt sich $\Delta Y - \theta c \Delta Y = \Delta G (1 + \theta c - \theta c + \theta^2 c^2 - \theta^2 c^2 + \theta^3 c^3 - \theta^3 c^3 + \dots) = \Delta G$ oder $\Delta Y = m \Delta G$, wobei $m = 1/(1 - \theta c)$ der Multiplikator mit Steuern ist.

$$(7) \ t(1 - c) < 1 - c$$

bzw., wie schon angenommen,

$$(8) \ t < 1,$$

qed.

1. Hinweis: A priori könnte man zwar geneigt sein, anzunehmen, dass auch der Fall $t m > 1$ möglich sei. Er ist aber, wie gerade bewiesen, im klassischen keynesianischen Modell nicht möglich.

2. Hinweis: Die Rechnung oben vernachlässigt bremsende Zinseffekte auf die Investitionen, die im keynesianischen Modell eine Rolle spielen können, gilt also insofern für den Fall einer Liquiditätsfalle. Mit bremsenden Zinserhöhungen kommt es a fortiori zu keiner Selbstfinanzierung. Der Münchhausen-Trick bleibt also selbst im klassischen keynesianischen Modell ein Märchen.